

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 53 (1974)  
**Heft:** 4

**Artikel:** "Je mehr man mit jemanden diskutiert..."  
**Autor:** Arndt, Rudi  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338828>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

meist finanziell kleine Leute, siehe zum Beispiel Kameradschaftsdiebstähle in Baubaracken, Raids auf Barersparnisse in Fremdarbeiterlogis, Heiratschwindel und dergleichen mehr. Diese Täter richten schweres menschliches Leid an. Sie handeln nicht «aus Hunger». Das gibt es heutzutage bei uns nicht. Ihr Motiv ist oft Arbeitsscheu. Oder aber sie können als strafmindernden Umstand auf die Werbung hinweisen, welche ihnen Wünsche aufhypnotisiert, die sie mit ehrlichen Mitteln nicht befriedigen können. Die kommerzielle Werbung ist bedeutend schädlicher als die Pornographie.

Seltsam, dass diese dauernd rückfälligen Vermögensdelinquenten mit ihrer antisozialen Tätigkeit auf eine so hitzige Sentimentalität bei Scheinlinken stossen. Für Lenin ist der Vermögensdelinquent eine Art verhin-derter Kapitalist. In seinem Werke «Wie soll man den Wettbewerb organi-sieren?» schreibt er:

«Die Reichen und die Gauner, das sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille, zwei Hauptarten von Parasiten, die der Kapitalismus grossgezo-gen hat, sie sind die Hauptfeinde des Sozialismus.»

Einstweilen müssen die kleinen Geschädigten durch das harte Mittel der jahrelangen Versorgung solcher Gewohnheitsverbrecher geschützt werden, bis der Staat endlich alle Möglichkeiten der Therapie geschaffen hat.

Der andere Fall, welcher grösste Härte, grössere als bisher, erfordert, sind diejenigen Flugzeugpiraten und ähnlichen Terroristen, bei welchen im Hintergrund staatliche Organisationen als Anstifter, Mittäter, Gehilfen oder Begünstigter bereitstehen, was meistens bei Arabern der Fall ist. Hier erfordert der Menschenschutz die Todesstrafe. Denn solche Leute sitzen nie lange. Eine allfällige Therapie im Gefängnis würde nach kurzer Zeit dadurch abgeklemmt, dass durch neue Terrorakte ihre Freilassung er-presst würde. Nach ihrer Freilassung morden sie dann weiter. Hier begeht Gnade Mord.

Aber auch diese extremste Lösung rechtfertigt sich nur als letzte si-chernde Massnahme, ja, als ein Stück Landesverteidigung. Mit Schuld und Vergeltung hat sie nichts zu tun.

---

Je mehr man mit jemandem diskutiert, der das imperative Mandat (d. h. Bindung des Behördemitgliedes an Parteibeschlüsse) ursprünglich gefor-dert hat, desto mehr distanziert er sich davon.

Rudi Arndt, Oberbürgermeister (SPD) der Stadt Frankfurt a. M.

---